

«Auf dem bilateralen Weg werden wir weiterhin Kröten schlucken müssen»

Für SP-Ständeratskandidat Daniel Jositsch sind die bilateralen Verträge eine überraschende Erfolgsgeschichte

Der Sozialdemokrat Daniel Jositsch galt einst als Euro-Turbo. Heute hält er die Bilateralen für den Königsweg. Sie seien unbedingt zu retten.

Rechtsprofessoren haben als Hüter des Rechtsstaats wichtige Rollen im Ständerat gespielt. Ist es diese Rolle, die Sie in die kleine Kammer lockt?

Für mich ist Rechtsstaatlichkeit ein hohes Gut. Diese Rolle ist deshalb wichtig. Ich habe in der Vergangenheit immer wieder Fragen der Rechtsstaatlichkeit eingebracht und würde es auch als Ständerat tun, obwohl es in der gegenwärtigen Mediensituation nicht immer ganz einfach ist. Aber das ist nur ein Teil meiner Motivation für die Ständeratskandidatur und die politische Arbeit.

Stünden Sie selber so weit über den eigenen Interessen, dass Sie Martin Bäumle im zweiten Wahlgang den Vortritt liessen, um Hans-Ueli Vogt zu verhindern?

Ich kandidiere nicht, um jemanden zu verhindern, sondern, um gewählt zu werden. Die SP ist zurzeit die zweitgrösste Partei. Wenn mein Ergebnis dieser Stärke entspricht, trete ich zum zweiten Wahlgang an. Das hat nichts mit andern Kandidaten zu tun.

Seit 32 Jahren hat die Zürcher SP keinen Vertreter mehr ins Stöckli gebracht. Warum soll das jetzt gelingen?

Dieses Jahr werden beide Sitze neu verteilt, und die Ausgangslage ist speziell: Für den Kanton ist der künftige Umgang mit den Bilateralen von zentraler Bedeutung. Die Vertretung des Kantons Zürich muss deshalb ausgewogen sein, damit sie die verschiedenen Interessen wahrnehmen kann. Traditionell wählen die Zürcher jene Kandidierenden, die am ehesten die Breite des Kantons abdecken können. Meine Kandidatur ist dafür durchaus geeignet.

Sie brauchen nicht nur die Stimmen Ihrer links-grünen Basis, sondern auch Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager. Wie gewinnen Sie diese, ohne die eigene Klientel zu verärgern?

Sie haben recht: Selbst im zweiten Wahlgang braucht es sehr viele Stimmen über die eigene Klientel hinaus. Viele Leute

«Man weiss, wo ich stehe. Ich kann mein Image gar nicht mehr gross ändern.»

wissen nach meinen acht Jahren im Nationalrat, wo ich stehe. Das bedeutet, dass ich mein Image gar nicht mehr gross ändern kann. In meiner Partei finden die einen meine Standpunkte gut, die ändern weniger. Man hat mich trotz meiner eher Mitte-Links liegenden Positionen nominiert. Ich gehe deshalb davon aus, dass mich das links-grüne Lager geschlossen wählen wird.

Was ist zu tun oder zu lassen, um den Folgen der Frankenstärke wirksam zu begegnen?

Die Frankenstärke ist zuerst einmal eine wirtschaftliche Realität. Im Gegensatz zu vielen meiner Parteikollegen bin ich kein Freund der Anbindung des Kurses an den Euro, habe sie aber als Übergangsmassnahme mitgetragen. Man hat aber zu lange daran festgehalten. Dass der Franken Kursschwankungen unterliegt, gehört zu seiner Unabhängigkeit. Es ist Aufgabe der Nationalbank, für eine gewisse Stabilität zu sorgen. Aber eine erneute Anbindung wäre zu teuer und langfristig nicht zweckmässig.



Das Gesamtbudget für seinen Ständeratswahlkampf beträgt 300 000 Franken: SP-Kandidat Daniel Jositsch. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Was kann die Politik beitragen?

Man kann gewisse Unterstützungsmassnahmen vertreten, vor allem, wenn es darum geht, besonders betroffenen Branchen – Export, Tourismus, teilweise Detailhandel – mit verbesserten Rahmenbedingungen zu helfen. Aber letztlich können wir vonseiten der Politik nicht sehr viel machen.

Als Sparpolitiker sind Sie nicht bekannt. Was sagen Sie zu den Sparvorhaben des Bundesrats, namentlich zur Plafonierung der Personalkosten?

Ich bin gegen starre Lösungen. Gespart werden soll, wo eine Ausgabe unnötig ist. Ich bin nicht der, der einfach Geld ausgeben will. Unter meinem Schulpräsidium ist der Steuerfuss in Stäfa gesunken. Aber ich bin der Meinung, dass wir auch in einer Situation, in der es wirtschaftlich schlecht geht, ein sinnvolles Leistungsniveau aufrechterhalten sollten. Bei notwendigen Aufgaben zu sparen, zahlt sich nie aus.

Braucht es für eine Energiewende fixe Fristen für den Atomausstieg?

Ja. Ich bin ein dezidiert Befürworter der Energiewende. Sie muss aber wirtschaftsverträglich sein. Das bedeutet in allererster Linie, dass die Wirtschaft weiss, womit sie rechnen muss. Wenn man der Wirtschaft sagt, dass sie in beispielsweise 20 oder 30 Jahren mit neuen Energieformen auskommen müsse, wird sie sich darauf einstellen und die Chancen des veränderten Marktes nutzen.

Und dieser Zeithorizont soll gesetzlich fixiert werden?

Mir geht es nicht um eine Jahreszahl, sondern um das Ergebnis. Technische Fragen zu den Atomkraftwerken müssen Fachleute klären. Es braucht beides: ein klares politisches Commitment für eine Wende, das Bestand hat, und einen vernünftigen Zeithorizont, damit die Wirtschaft nicht in Schwierigkeiten gerät und Arbeitsplätze gefährdet werden.

Warum ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa so verkrampt?

Liegt das an uns oder an Europa? (Lacht.) Es ist eben nicht ganz so einfach. Auf der einen Seite gibt es die wirtschaftliche und politische Realität. Wir sind ein kleines Fleckchen, umgeben von der EU und mit dieser über vielfältige Interessen gegenseitig verflochten. Wir können nicht so tun, als ob die EU

nicht existierte. Die andere Seite stellen die Belastungen dar, die der freie Personenverkehr für die Bevölkerung mit sich bringt. Sie haben zur Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) im Februar 2014 geführt. Jetzt müssen wir einen Weg finden, um die Bilateralen zu retten, aber trotzdem auf die Anliegen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Sie sind also dagegen, dass der Volksentscheid rückgängig gemacht wird, wie es die Rasa-Initianten verlangen?

Ich unterstütze diese Volksinitiative, weil wir eine Präzisierung des Volkswillens brauchen. Das Volk hat auf der einen Seite die Bilateralen mehrmals bestätigt, und auf der anderen Seite hat es die MEI bejaht. Nun sollen Volk und Parlament über verschiedene Möglichkeiten entscheiden können. Letztlich hoffe ich aber, dass der Bundesrat einen Mittelweg findet und die Rasa-Initiative zurückgezogen werden kann. Demokratiepolitisch ist sie nicht sehr günstig.

In der Europa-Debatte geht es immer um die Selbstbestimmung der Schweiz. Müssen da Abstriche akzeptiert werden?

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung möchte, dass die Schweiz ein unabhängiges Land bleibt. Der bilaterale Weg bringt uns aber vielleicht manchmal in Situationen, in denen wir eine Kröte schlucken müssen. Nur auf eigenen Positionen beharren können wir nicht. Wich-

tig ist, dass wir selbständig überlegen, wo Abstriche möglich sind.

Ist ein Rahmenabkommen eine dieser Kröten?

Das ist eine schwierige Frage. Können wir mit einer derart grossen und dynamischen EU ohne strukturelles Rahmenabkommen weiterfahren wie bis anhin? Realistischerweise wahrscheinlich nicht. Natürlich ist mir klar, dass es gewisse Kernfragen gibt, die das «pièce de résis-

«Eine neue Anbindung des Frankens wäre zu teuer und langfristig nicht zweckmässig.»

tance» darstellen werden, insbesondere die Frage: Wer schlichtet den Streit?

Und, welche Instanz soll zuständig sein? Ich habe kein Rezept, aber ich hoffe auf Konzessionen seitens der EU. Denn ich muss einräumen, die Frage hat irgendwann schon mit Unabhängigkeit zu tun. Wir müssen eine Variante finden, der die Schweiz als autonomer Staat zustimmen kann. Entsprechend kann das wohl nicht der Europäische Gerichtshof sein.

Sie waren Sektionspräsident der Neuen Europäischen Bewegung. Sind Sie weiter für einen EU-Beitritt zu gegebener Zeit?

Wenn die Situation reif ist, ja. Ich habe den Beitritt früher befürwortet, heute steht er nicht zur Diskussion. In der Schweiz besteht keinerlei politischer Wille mehr dazu, und ausserdem stellte ich zu meiner Überraschung fest, dass der bilaterale Weg wirklich erfolgreich ist. Er hat sich tatsächlich als Königsweg für die Schweiz erwiesen.

Wie müsste eine europäische Asylpolitik aussehen, damit die Schweiz sie mittragen könnte?

Die Herausforderungen müssten nach einem klaren Schlüssel auf die Schultern der verschiedenen Staaten verteilt werden. Dabei müssen Grösse des Staats und seine wirtschaftliche Kraft berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl zählen wir zu den Kleinen, punkto Wirtschaftskraft zu den Grossen. Ich denke, die Schweiz wäre gut be-

dient, wenn sie sich im Verbund mit den anderen Staaten zu einer gewissen Zahl von Aufnahmen verpflichten würde.

Bekannt geworden sind Sie 2007 mit einem Zwölf-Punkte-Programm zum Jugendstrafrecht. Welche Forderungen sind heute noch aktuell?

Ich stehe nach wie vor hinter allem, was im Programm steht, auch wenn nicht mehr alles aktuell ist. Ich erinnere zum Beispiel an das Massnahmenalter. Aufgrund eines Vorstosses von Chantal Galladé, der auf diesem Programm basierte, wurde es soeben von 22 auf 25 Jahre angehoben. Damit hätten etwa für «Carlos» immer noch Massnahmen nach dem Jugendstrafrecht angeordnet werden können.

Auch die Senkung des Mindestalters für Freiheitsstrafen bleibt für Sie nötig?

Ja, ich finde die Forderung immer noch richtig, und mittlerweile wäre sie wahrscheinlich mehrheitsfähig. Ich vertrete die gleichen Positionen wie vor acht Jahren: Wir brauchen für Intensivstäter im Jugendstrafrecht harte Sanktionen, müssen aber auch bei ihnen vor allem auf Massnahmen setzen.

Heutige Informationstechnologien stellen die Frage nach dem Verhältnis von Persönlichkeitsschutz und öffentlicher Sicherheit neu. Haben sich die Grenzen in den letzten Jahren verschoben?

Nein. Ich war schon immer der Meinung, dass die öffentliche Sicherheit zumindest bei schweren Delikten eine gewisse Überwachung erforderlich macht. Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienst müssen breit ausgerüstet und dafür genau kontrolliert werden. Darum habe ich die Beschaffung eines Staatstrojaners im Kanton Zürich befürwortet, nachdem sie diesen Sommer bekanntgeworden war.

Sie plädieren für eine transparente Finanzierung von Wahlkämpfen und Parteien. Wie hoch ist Ihr Budget, und wie wird es finanziert?

Das Gesamtbudget beträgt 300 000 Franken, für den ersten Wahlgang ungefähr 180 000 Franken. Darin sind sämtliche Kosten für Plakate, Inserate und Personal enthalten. Rund 120 000 Franken stammen von der SP. Weitere rund 100 000 Franken bezahlen der Kaufmännische Verband, eine Selbstregulierungsorganisation zur Geldwäschereibekämpfung, in deren Vorstand ich bin, sowie SP Bezirk Meilen und Ortssektionen. Der Rest soll aus Einzelspenden von Privatpersonen finanziert werden. Davon ist aber bis anhin nur ein Teil vorhanden; die höchste bereits eingegangene Spende beträgt 10 000 Franken. Das heisst, zurzeit gibt es einen ganz grossen Spender, und das bin ich.

Was könnte ein Ständerats-Duo Noser/Jositsch für den Kanton Zürich erreichen, was sonst nicht möglich wäre?

Es hätte viele gemeinsame Positionen, vor allem, was die Aussenbeziehungen und die EU sowie den Forschungs- und Innovationsstandort Zürich betrifft. Dann gäbe es Bereiche, wo wir uns gut ergänzen würden. Herr Noser ist Unternehmer, ich bin Vertreter von Angestellten, aber wir beide bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Insgesamt wäre es sicher ein gutes Duo, das die Vielfalt des Kantons abdecken und gute Lösungen bringen würde.

Interview: Walter Bernet und Reto Flury

KANDIDATEN IM GESPRÄCH

Die NZZ führt eine Serie von Interviews mit den Zürcher Bewerberinnen und Bewerbern für den Ständerat.

NZZ nzz.ch/zuerich